

Muslime in Hamburg

Forschungsergebnisse und Empfehlungen

DIESER STÄDTEBERICHT IST TEIL einer Monitoring-Serie namens „Muslime in EU-Städten“, die sich auf 11 Städte mit jeweils beträchtlichem muslimischen Bevölkerungsanteil innerhalb der Europäischen Union konzentriert.

Jeder Bericht besteht aus einer detaillierten Untersuchung folgender Bezirke in den einzelnen Städten: Slotervaart, Amsterdam; Borgerhout, Antwerpen; Kreuzberg, Berlin; Nørrebro, Kopenhagen; Hamburg-Mitte, Hamburg; Evington, Spinney Hills, Stonegate, Leicester; 3. Arrondissement, Marseille; 18. Arrondissement, Paris; Feijenoord, Rotterdam; Järvafältet, Stockholm; und Waltham Forest, London.

Die Berichte geben Antwort auf wichtige Entwicklungen in der Situation der in Europa lebenden Muslime. Ob Bürger oder Migranten, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Europa mit der großen politischen Herausforderung der Garantie gleicher Rechte und Chancen in einem Umfeld rapide expandierender Vielfalt konfrontiert.

Hintergrund

- Hamburg blickt auf eine lange Einwanderungsgeschichte zurück und beherbergt viele unterschiedliche Minderheiten. Die Stadt hat 1.720.632 Einwohner, die aus mehr als 180 Ländern stammen. 26,8 % der Stadtbevölkerung hat einen Migrationshintergrund, und 14,3 % besitzen einen ausländischen Pass.
- Hamburgs langfristiges Bekenntnis zu Vielfalt hat zu der Bildung eines Umfeldes beigetragen, in dem interreligiöser Dialog sowie die Einbeziehung der muslimischen Bevölkerung inzwischen Teil der politischen und bürgerlichen Landschaft sind.
- Es leben etwa 90.000 Muslime in Hamburg, davon ca. 71.000 im neu gegründeten Verwaltungsbezirk Hamburg-Mitte.
- Über 300 Einwohner des Bezirks Hamburg-Mitte nahmen an den Recherchen für diesen Bericht Teil, der

sich auf 200 detaillierte Interviews mit Einwohnern (100 Muslime und 100 Nicht-Muslime), sechs Fokusgruppen und ca. 15 eingehende Diskussionen mit führenden Persönlichkeiten aus Zivilgesellschaft und städtischen Institutionen stützt.

Wichtigste Forschungsergebnisse nach Themenbereichen

IDENTITÄT UND ZUGEHÖRIGKEIT

„Schau, es gibt 3,5 Millionen Muslime, das macht 4% der Bevölkerung. Wir wissen aus Erfahrung, dass nicht mehr als 25% wirklich praktizieren. Praktizieren heißt, dass sie an den Freitagsgebeten teilnehmen. Das heißt, dass ca. 1% der Bevölkerung nach dem Islam lebt. Nimmt man 70 Millionen Deutsche, ohne die 10



Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, dann haben 70 Millionen Angst vor einem Prozent der Bevölkerung.”

—Fokusgruppenteilnehmer

- Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime haben ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt, besonders zu ihren Vierteln und der Nachbarschaft. Für viele Muslime wurde dieser Bezug zum eigenen Viertel durch ein Gefühl der Entfremdung in anderen Stadtteilen, und noch mehr auf nationaler Ebene, bestärkt.
- Die Mehrheit muslimischer und nicht-muslimischer Teilnehmer stimmt zu, dass in ihren Vierteln Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft gut miteinander auskommen.
- Mehr als ein Drittel sowohl von Muslimen als auch Nicht-Muslimen verspüren ein „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt Hamburg. Das Zugehörigkeitsgefühl in beiden Gruppen sank im Zusammenhang mit der Beschreibung der Beziehung zu Deutschland.
- Nicht-Muslime sehen sich eher als Deutsche als Muslime. Jedoch über die Hälfte aller Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit betrachten sich selbst als Deutsche.
- Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime betrachten mangelnde Sprachkenntnisse als Hauptbarriere zum deutsch sein. Zweithäufigster Hinderungsgrund laut muslimischer Angaben ist das „nicht christlich sein“.

BILDUNG

„Als mein Kind [in Deutschland] war, sagten sie, er sei nicht gut in der Schule. Sie sagten, er sei geistig nicht imstande. Daraufhin brachten wir ihn in die Türkei, und dort nahmen sie ihn in die dritte Klasse auf. Jetzt hat er die Universität beendet. Er kam direkt von der ersten in die dritte Klasse.“

—Fokusgruppenteilnehmer

- Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit wird von vielen Muslimen als wichtiges Hindernis zu akademischem Erfolg betrachtet.
- Mehrsprachigkeit wird im Hamburger Integrationsplan positiv bewertet und die Förderung von Sprachen soll in den Unterricht integriert werden. Manche weiterführenden Schulen bieten Türkisch als zweite Fremdsprache an.

ÄNDERUNG AUF LOKALER EBENE

Der Hamburger Aktionsplan für Integration (HHAP) schlägt unter anderem kleinere Klassen, mehr Ganztagschulen, die Einführung von Sprachförderung, sowie mehr Integration von Schülern unterschiedlicher ethnischer Herkunft vor.

ARBEITSMARKT

- Es gibt keine gesetzliche Regelung in Hamburg, die das Tragen eines Kopftuches verbietet. Dennoch, so deuten die Recherchen im Rahmen dieser Studie an, scheinen sichtbare Anzeichen des Glaubens eine Barriere für eine Anstellung im öffentlichen Dienst darzustellen, etwa als Lehrerin oder bei der Polizei.
- Aufgrund arbeitsrechtlicher Begrenzungen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber und Flüchtlinge besonders schwer. Dieser Aspekt erfordert im Hamburger Integrationsplans mehr Aufmerksamkeit.
- Betriebsräte in grossen Firmen spielen eine wichtige Rolle bei der Berücksichtigung religiöser und kultureller Bedürfnisse der Arbeitnehmer.
- Hamburg war die erste Stadtregierung in Deutschland, die den Migrationshintergrund ihrer Angestellten dokumentiert. Obwohl das gegenwärtige deutsche Antidiskriminierungsgesetz die Sammlung von Daten über den ethnischen oder religiösen Hintergrund verbietet, sucht Hamburgs Regierung nach Möglichkeiten, solche Informationen zu nutzen, um ihre Rekrutierungs- und Einstellungspraktiken zu verbessern.

ÄNDERUNG AUF LOKALER EBENE

Die Hamburger Handwerkskammer will den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Hamburg durch besondere Maßnahmen beheben, die auf die Integration von Migranten ins Hamburger Handwerk abzielen. Sie ermutigt Firmenverbände, auch Migrantenunternehmen aufzunehmen, und wird alle Handwerkerschulen für die Teilnahme von Migranten öffnen.

POLIZEI UND SICHERHEIT

- Die Befragungsergebnisse dieser Studie zeigen, dass Muslime stärker als Nicht-Muslime mit der Polizeiarbeit zufrieden sind und Vertrauen in deutsche Gerichte haben.
- Sichtbare Polizeipräsenz in der Nachbarschaft wird von Muslimen positiv bewertet. Solche Popularität und Akzeptanz hebt auch die Wichtigkeit des verstärkten Einsatzes mehrsprachiger Polizisten auf lokaler Ebene hervor.

- Obwohl Muslime in Hamburg ein hohes Maß an Vertrauen in die Polizei angaben, sind sie auch unter dem Eindruck, aufgrund ihrer Ethnizität und Religion öfter angehalten und befragt zu werden. Um das hohe Maß an Vertrauen zu erhalten, müssen solche Beschwerden unabhängig untersucht und erforscht werden.

TEILHABE UND STAATSANGEHÖRIGKEIT

„Wenn Wahlen anstehen, wird in vielen Moscheen darüber gesprochen, dass die muslimische Gemeinschaft eingeladen ist, sich zu beteiligen. Über die Erwähnung von Wahlen hinaus sagen Gemeindevorsteher explizit: ‚Wir als Moschee können Euch nicht sagen, welche Partei ihr wählen sollt. Wählt die Partei, von der ihr meint, dass sie am ehesten Eure Interessen vertritt.‘ Ich finde es wirklich wichtig, dass Leute sich informieren, anstatt in eine bestimmte Richtung manipuliert zu werden.“

—Fokusgruppenteilnehmer

- Etablierte politische Parteien entdecken zunehmend die Rolle der Wähler, die zu Minderheiten zählen. Sowohl die SPD, als auch vor einiger Zeit die CDU, haben deutsch-türkische Foren gegründet, um Wähler mit türkischem Hintergrund anzuziehen.
- Die Hamburger Stadtverwaltung ist sehr um die Einbeziehung von Muslimen und religiösen Organisationen in den politischen Diskurs sowie um die Unterstützung ihrer Teilhabe in der Gesellschaft und ihren Institutionen bemüht.
- Muslimische Befragte trauen politischen Institutionen eher als Nicht-Muslime. In beiden Gruppen war das Vertrauen in lokale Bezirksräte höher als in Bundestag und Bundesregierung.
- Muslimische Befragungsteilnehmer mit Wahlrecht machen zu etwas mehr als der Hälfte von diesem Recht gebrauch (57 %), im Gegensatz zu 88 % der wahlberechtigten Nicht-Muslime.
- 45 % der Nicht-Muslime und 40 % der Muslime sind der Ansicht, die Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen zu können. Die Mehrheit der Muslime (54 %) und Nicht-Muslime (52 %) hingegen sind nicht dieser Ansicht.

ÄNDERUNG AUF LOKALER EBENE

Der Hamburger Senat pflegt den Dialog mit dem Rat der muslimischen Gemeinschaften durch die Entwicklung eines

juristischen Instruments, welches dem Islam den gleichen Status wie dem Christentum einräumt.

WOHNEN

- Beide Gruppen gaben an, gerne in ihrem Viertel zu leben. Die überragende Mehrheit der Nicht-Muslime (98 %) und Muslime (91 %) schätzt ihr Viertel.
- In beiden Gruppen stimmten mehr als ein Viertel zu oder stark zu, dass ihre Gegend eng verbunden ist, allerdings stimmte die Hälfte der Muslime stark oder sehr stark dagegen.

GESUNDHEIT

- Obwohl es insgesamt eine recht hohe Zufriedenheit mit den Leistungen des Gesundheitssystems gibt, sind beinahe ein Viertel der Muslime (23 %) und Nicht-Muslime (24 %) unzufrieden. Einige Muslime forderten freien und gleichen Zugang zum Gesundheitssystem und mehr finanzielle Mittel für die Gesundheit.
- Viele Muslime hielten fest, dass Patienten unabhängig von Religion und Ethnizität gleich behandelt werden. Einige Muslime berichteten auch von Ärzten, die kulturelle Schulungen mitgemacht hatten, um Verhalten und Behandlungsmethoden zu vermeiden, welche insbesondere muslimische Frauen als unangemessen betrachten könnten.

ÄNDERUNG AUF LOKALER EBENE

Seit dem Jahr 2004 unterstützt die Stadt Hamburg im Rahmen ihres Entwicklungsprogramms für benachteiligte Stadtviertel zahlreiche Gesundheitsprojekte. Das Programm Lebenswerte Stadt betont die Wichtigkeit von körperlicher Ertüchtigung und Sport für die Gesundheit.

MEDIEN

- Befragte Muslime äußerten sich kritisch über die Medien in Bezug auf eine Berichterstattung, die als sensationslüstern und feindlich gegenüber Islam und Muslimen wahrgenommen wird. Trotz kürzlicher Bemühungen um eine ausgewogenere Berichterstattung, fehlen nach wie vor muslimische Stimmen in Hamburgs zahlreichen Medienorganisationen.
- Teilnehmer an der Studie wiesen auf die Unterrepräsentation von Muslimen und Migranten in Medien und medienverwandter Infrastruktur, wie lokalen Medienorganisationen, hin.

WICHTIGSTE EMPFEHLUNGEN

- Die Hamburger Bürgerschaft sollte zu einer parteiübergreifenden Erklärung ermutigt werden, dass sie ein diskriminierungsfreies Umfeld für die gesamte Bevölkerung schaffen möchte. Dazu gehört ein erhöhtes Bewusstsein über Anti-Diskriminierungsgesetze sowie die Unterstützung aller (in Form von Zugang zu Rechtsberatung), die Entschädigung für religiöse Diskriminierung suchen.
- Der Hamburger Stadtrat und die Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg sollten sicherstellen, dass religiöse und kulturelle Stereotypisierung und Diskriminierung sowohl in bereits laufenden Sprachförderungsprogrammen als auch in der Lehrerausbildung angesprochen werden.
- Die Stadtverwaltung und ihre Pendants in den Bezirken sollten gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften systematisch Weiterbildungen am Arbeitsplatz zur Unterstützung der Angestellten muslimischer Herkunft oder mit Migrationshintergrund anbieten.
- Verwaltungsbehörden in Land und Stadt sollten gemeinsam mit spezialisierten Nichtregierungsorganisationen in Erwägung ziehen, auf Grundlage der Empfehlungen des Deutschen Instituts für Menschenrechte Daten über Minderheiten, insbesondere Muslime, zu sammeln, um den Grad des Vertrauens ins strafrechtliche System und entsprechende Bedenken zu verstehen.
- Verwaltungsbehörden in Land und Stadt sollten die Möglichkeiten prüfen, zusätzliche mehrsprachige Beamte

zu rekrutieren und Barrieren für Muslime und Migranten im Zugang zur Polizeitruppe identifizieren.

- Bundes-, Länder- und relevante Stadtverwaltungsstellen sollten in Zusammenarbeit mit spezialisierten Nichtregierungsorganisationen eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle mit einem allgemeinen Beschwerdeverfahren und, wie von Amnesty International vorgeschlagen, einer Ombudsperson innerhalb des Polizeiapparats, aufbauen, um Beschwerden aufzugreifen und die Polizeiarbeit zu verbessern.
- Politik und Medienorganisationen sollten sich auf Schritte einigen, die junge Muslime und Journalisten mit Migrationshintergrund unterstützen, um eine angemessene Repräsentation von Muslimen und Migranten auf allen Ebenen der Medieninfrastruktur zu erreichen und zu garantieren.
- Muslimische und andere Minderheitenorganisationen sollten muslimische Bürger in der Stadt zu mehr aktivem Engagement in Stadt- und Bezirkspolitik motivieren, um mehr lokale Teilhabe zu fördern. Solche Organisationen können für eine verstärkte Zusammenarbeit von religiösen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen hilfreich sein.

Für weitere Informationen

Luis J. Montero

Communications Officer for Europe | Open Society Institute

Work: +44 (0) 20 7031 1704

Mobile: +44 (0) 77 9873 7516

luis.montero@osf-eu.org

www.soros.org/initiatives/home

Open Society Stiftungen

Open Society Stiftungen fördern in über 70 Ländern der Welt tolerante und dynamische Demokratien, in denen Regierungen ihren Bürgern gegenüber verantwortlich sind. In Zusammenarbeit mit vor Ort ansässigen Bewegungen und Organisationen unterstützen Open Society Stiftungen Projekte die Gerechtigkeit schaffen, Menschenrechte einfordern, Meinungsfreiheit schützen, und den Zugang zu öffentlicher medizinischer Versorgung und Bildung gewährleisten.